

Unternehmerische Verantwortung und gewerkschaftliche Solidarität – ein Widerspruch?

Unter diesem Thema hatten die Starkenburger Dekanate und das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN zu einer Diskussion eingeladen. Dass hauptsächlich Mitarbeiter des Postzustellungsunternehmens Maximail ihrer öffentlichen Einladung Folge leisten würden, damit hatten wohl die Veranstalter nicht gerechnet. So ergab sich ein ungewohntes Bild im Offenen Haus der Kirche in Darmstadt: Die Besucher hatten Transparente mitgebracht und erwarteten eine Auseinandersetzung mit ihrem Chef. Denn auf dem Podium stand neben dem DGB-Vorsitzenden Südhessen, Jürgen Planert, und Dekan Mander auch Dr. Hans-Peter Bach, Geschäftsführer des Medienhauses Südhessen und der in Insolvenz gegangenen Firma Maximail.

Kernpunkt der Diskussion war zunächst die Frage, ob nicht das Medienhaus mit seinem Ausstieg aus dem Tarifvertrag für Drucker und mit seiner Schließung der Darmstädter Druckerei seine soziale Verantwortung gegenüber seinen Mitarbeitern vernachlässige. Denn in dem neuen Druckzentrum in Rüsselsheim würden nur einige der entlassenen Drucker zu schlechteren Bedingungen wieder eingestellt. Bach verteidigte seinen Ausstieg aus einem Tarifwerk, das den heutigen Anforderungen nicht mehr entspreche, weil es zu unflexibel sei. Er wolle natürlich Sicherheit von Arbeitsplätzen, aber sie müssten auch finanziert werden können. Die bisher geltenden Vergütungen für Sonntagsarbeit ließen sich nicht durch den Verkauf der Zeitungen am Montag erwirtschaften. Er brauche maßgeschneiderte Lösungen für sein Unternehmen.

Dem hielt der DGB-Chef entgegen, dass die Flächentarife sowieso 2011 ausliefen und neu verhandelt werden müssten. Man wisse, dass da nachgebessert und revitalisiert werden müsse. Tariffucht sei kein wirklicher Ausweg. Das sehe man am Beispiel Thüringen, wo die Tarifbindung mit 20% am niedrigsten sei und die Unternehmen auch nicht besser dastünden. Er kritisierte zugleich, dass die Unternehmen keinerlei ethische Kriterien anwendeten, das einzige Ziel sei Gewinnmaximierung. Die Schere zwischen Arm und Reich klappe in Deutschland weiter auseinander als im Rest Europas. Aber man schneide sich ins eigene Fleisch, wenn wirtschaftlicher Erfolg nur noch über die Schaffung prekärer Arbeitsverhältnisse erzielt werden solle.

Die kirchlichen Vertreter beriefen sich auf das gemeinsame Sozialwort der Kirchen von 1997, dessen Aussagen immer noch aktuell seien. Gerechtigkeit und Solidarität blieben weiterhin zentrale Forderungen. Die katholische Betriebsseelsorgerin Ingrid Reidt ging auf die im Saal sichtbare Plakate der Demonstranten ein und hob die Wichtigkeit einer funktionierenden Mitbestimmung hervor. Annette Claar Kreh (Dekanat Vorderer Odenwald) beschrieb die schwierige wirtschaftliche Situation, auf die sie vor allem im südlichen Odenwald treffe, wo Familien massiv unter den Anforderungen an „Flexibilität“ litten, und Volkhardt Guth, Pfarrer für Gesellschaftliche Verantwortung in Rüsselsheim, ergänzte diese Darstellung durch Zahlen aus seiner Stadt, die mit einer Arbeitslosenquote von 11% zu kämpfen habe und wo 23% der Kinder in die Kategorie „arm“ einzuordnen seien.

„Wirtschaft hat keine Ethik“, sagte er, „die müssen wir selbst machen!“ Auf die Frage nach seiner unternehmerischen Verantwortung betonte Bach, ihm müsse natürlich angesichts eines drohenden Fachkräftemangels daran gelegen sein, sichere Arbeitsplätze zu schaffen, um Leute zu halten. Angesichts betriebswirtschaftlicher Notwendigkeiten gelinge das aber nicht immer.

Auf die in Richtung Kirche erhobene Kritik an der KDAVO (dem kircheneigenen Tarifwerk), die auch für kirchliche Mitarbeiter Verschlechterungen gebracht habe antworteten die Dekane Mander und Allmann, sie teilten einerseits diese Kritik, hätten andererseits im wirtschaftlichen Zugzwang gestanden. „Hätten wir das nicht gemacht, hätten wir ihn Darmstadt schon keine Diakoniestation mehr“ so Mander. Hier sei es nicht um Gewinnmaximierung gegangen, sondern ums Überleben der Einrichtung – und ihrer Arbeitsplätze.

Heftig wurde die Diskussion mit dem Publikum, als es um die unternehmerische Politik von Maximail ging. Man mache eben keine Gewinne, sondern im Gegenteil Verluste, beteuerte Bach, wollte sich aber zu dem Unternehmen nicht äußern, da es sich in Insolvenz befinde. Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter kritisierten, dass mit der Vergabe von Aufträgen an scheinselfständige Agenturen zu niedrigen Stücklöhnen ein neues Prekariat geschaffen werde und dass damit wie auch in anderen Branchen der Staat zur Subventionierung von Niedriglöhnen gezwungen werde. Das müsse aufhören.

Auf die Schlußfrage des Moderators Norbert Mander, was die Beteiligten tun könnten, damit man in einem Jahr sagen könne, der soziale Frieden sei sicherer geworden, antwortete Unternehmer Bach noch einmal mit seinem Vorsatz, wenn irgend möglich sichere Arbeitsplätze zu schaffen und zu halten. DGB-Chef Planert sagte: Der soziale Frieden wird sicherer, wenn es weniger prekäre Arbeitsverhältnisse und weniger Hartz-IV-Empfänger gebe. Dafür werde man kämpfen.

Mander wünschte sich weitere Gespräche auf Augenhöhe zwischen den Konfliktpartnern zum Wohl der Unternehmen wie der Beschäftigten und deren Familien.

Kommentar:

Daß die evangelische Kirche als Gastgeberin für Gespräche auftritt, wurde in der Veranstaltung mehrfach gelobt. Aber sie muß ihre Rolle offensichtlich noch einüben. Die Stimmung der anwesenden Betroffenen aufzunehmen und doch „neutral“ zu bleiben, ist nur teilweise gelungen. Und ein Satz vom Moderator wie „Sie, der Unternehmer, stören den sozialen Frieden“ mag in dieser rhetorischen Zuspitzung die Diskussion befeuern, er steht aber in der Gefahr, Fronten zu verfestigen. Beiden Seiten zunächst nichts zu unterstellen, wäre in konflikthafter Gesprächssituation die Aufgabe des hilfreichen Dritten. Zuzugestehen, daß Unternehmensentscheidungen nicht a priori von schnöder Gewinnmaximierung geprägt sein müssen, sondern bitteren betriebswirtschaftlichen Zwängen entspringen können, und trotzdem kritische Fragen und Forderungen nach sozialen Überlegungen zu stellen, das wäre ein Beitrag zum Gespräch auf Augenhöhe. Denn die Realität ist in der Regel komplexer, als es die eingängigen Formeln vermuten lassen.

Siegfried Krieger